

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Tabea Rößner, Özcan Mutlu, Dr. Konstantin von Notz, Ulla Schauws, Katja Dörner, Dr. Franziska Brantner, Kai Gehring, Elisabeth Scharfenberg, Maria Klein-Schmeink, Kordula Schulz-Asche, Dr. Harald Terpe, Doris Wagner, Beate Walter-Rosenheimer und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Medienkompetenz als bundespolitische Aufgabe

Medienkompetenz ist eine der Grundvoraussetzungen, um selbstbestimmt an der digitalen Welt teilnehmen zu können. Die Förderung von Medienkompetenz ist daher ein gesamtgesellschaftliches Anliegen, mit dem eine Vielzahl wichtiger Ziele verfolgt wird, sowohl für Kinder und Jugendliche als auch für Erwachsene und Senioren. Von der Wahrnehmung der großen Chancen bis zum Schutz vor Gefahren, die die aktive, produktive und kreative Nutzung von Medien bedeuten können, ist die Bandbreite der Anwendungsgebiete groß. Sie erfordern eine umfassende, praktische Auseinandersetzung mit Medien, die in allen Altersstufen dringend geboten ist, um die sichere, umsichtige und erfolgreiche gesellschaftliche Teilhabe aller zu ermöglichen oder zu verbessern. Medienkompetenz erfordert lebenslanges, erlebtes und fortschreitendes Lernen, Interaktivität, den Einsatz sowie die Nutzung von Medien in verschiedensten Lebenssituationen und muss immer weiterentwickelt werden. Unerlässlich für eine zeitgemäße Medienkompetenz sind Kenntnisse über so weitreichende Bereiche wie das Urheberrecht und den Datenschutz, insbesondere mit Blick auf deren praktische Anwendung auf die Nutzung digitaler Medien, geschützter und freier Software und des Internets. Bereits in ihrem zweiten Zwischenbericht hatten alle Fraktionen in der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Internet und Digitale Gesellschaft“ der 17. Wahlperiode am 21. Oktober 2011 eine Analyse und Handlungsempfehlungen an den 18. Deutschen Bundestag zur Medienkompetenz verabschiedet. Deren Umsetzung hat die Bundesregierung, trotz mehrfacher Aufforderungen („Den digitalen Wandel politisch gestalten – Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ umsetzen“, Bundestagsdrucksache 18/2880), bisher kaum vorangetrieben.

Neuere Studien, wie die „International Computer and Information Literacy Study“ (ICILS 2013), „Kinder + Medien, Computer + Internet“ (KiM 2014) des Medienpädagogischen Forschungsverbundes Südwest oder die DIVSI U9-Studie „Kinder in der digitalen Welt“ vom 23. Juni 2015 (DIVSI: Deutsches Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet), bescheinigen große Unterschiede in der Medienkompetenz von Kindern abhängig vom formalen Bildungsgrad der Eltern. Die Ergebnisse zeigen erneut die Dringlichkeit eines umfassenden Engagements für die verstärkte Förderung von Medienkompetenz.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Bundesministerien und nachgeordneten Behörden befassen sich seit Beginn der 18. Legislaturperiode mit der Medienkompetenz und betreiben Projekte hierzu (bitte nach Bundesministerien, Projekten und Zeitraum aufschlüsseln)?
2. In Abstimmung mit welchen Referaten in welchen Bundesministerien haben die drei federführenden Bundesministerien der „Digitalen Agenda“ der Bundesregierung den Abschnitt zur Medienkompetenz erarbeitet?
3. Wurden auch externe Akteure an der Erarbeitung beteiligt?
Falls ja, welche?
4. Inwieweit sind auch Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Internet und digitale Gesellschaft“ der 17. Wahlperiode eingeflossen?
5. Welche konkreten Schritte sind in welchem Zeitraum geplant, um die im Koalitionsvertrag vereinbarte Strategie „Digitales Lernen“ zusammen mit den Ländern und Akteuren aus allen Bildungsbereichen umzusetzen?
6. Welche Evaluationen der bestehenden Programme zur Förderung von Medienkompetenz an Kitas und Schulen wurden bisher von der Bundesregierung, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, beauftragt oder durchgeführt?
Welche Ergebnisse haben die bisherigen Evaluationen ergeben?
7. Welche konkreten Maßnahmen folgen aus den in der „Digitalen Agenda“ der Bundesregierung skizzierten Vorhaben im Bereich der Medienkompetenz, insbesondere in den drei federführenden Bundesministerien?
8. Worin besteht nach Auffassung der Bundesregierung der Unterschied zwischen Jugendmedienschutz und der Förderung von Medienkompetenz von Jugendlichen?
9. Welche bundesweiten Modellprojekte hat die Bundesregierung bislang seit Beginn der 18. Legislaturperiode in Bezug auf die Förderung der Medienkompetenz von Bürgerinnen und Bürgern jedweden Alters und Beschäftigungsgrades initiiert?
10. Welche modellhaften schulischen und außerschulischen Maßnahmen hat die Bundesregierung in Reaktion auf den umfangreichen Aktionskatalog des vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) herausgegebenen Berichts zur „Medienkompetenz bei Jugendlichen“ bereits ergriffen, und welche modellhaften Maßnahmen werden in der laufenden 18. Wahlperiode noch angestoßen?
11. Auf welche Summe in Euro belaufen sich alle vom Bund geförderten Medienkompetenzprojekte seit Beginn der 18. Wahlperiode, bitte nach den Zielgruppen Kinder bzw. Jugendliche, Erwachsene (erwerbsfähig bzw. nicht erwerbsfähig), Senioren aufschlüsseln?
12. Wie stimmt sich die Bundesregierung mit den Bundesländern über die vom Bund geförderten Projekte zur Förderung der Medienkompetenz ab, und wie stimmt sich die Bundesregierung allgemein abseits der „Bund-Länder-Kommission zur Medienkonvergenz“ zum Thema Medienkompetenz mit den Ländern ab?
13. Welche Strategien und Aktivitäten plant die Bundesregierung in Bezug auf die Medienkompetenz von Bürgerinnen und Bürgern im erwerbsfähigen Alter, und welche Projekte sind bereits initiiert worden, bitte nach Projekten für erwerbstätige und nicht erwerbstätige Bürgerinnen und Bürger aufschlüsseln?

14. Inwiefern unterstützt oder fördert die Bundesregierung die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften im Bereich Medienkompetenz?
15. Welche Strategie entwickelt die Bundesregierung mit den Ländern, um eine Grundbildung im Bereich Medien entlang der gesamten Bildungskette umzusetzen?
16. Unternimmt die Bundesregierung Anstrengungen, die eigenen Aktivitäten zur Förderung der Medienkompetenz gemeinsam mit den Länderinitiativen zu koordinieren, und wenn ja, in welcher Form?
17. Unterstützt die Bundesregierung Länderinitiativen, z. B. durch eine koordinierende Tätigkeit, und wenn ja, in welcher Form?
18. Welche Planungen gibt es auf Seiten der Bundesregierung, bestehende Medienkompetenz-Projekte und Initiativen zu verstetigen und ihre Existenz langfristig zu sichern?
19. Inwiefern hat die Bundesregierung die Absicht, bundesweite Träger von Medienpädagogik, Medienbildung und Medienkompetenzförderung, wie die Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur, zukünftig langfristig und fortwährend so zu fördern, dass sie ihre Rolle als gesellschaftliche Akteure auch angemessen wahrnehmen können, und wenn sie diese Absicht nicht hat, weshalb nicht?
20. Inwiefern erachtet die Bundesregierung das Projekt „Schulen ans Netz“, das einen kostenlosen Zugang aller Schulen ans Netz gefördert hat und am 31. Dezember 2012 aufgelöst wurde, als endgültig abgeschlossen, was sind die Ergebnisse des Projekts, und welches Nachfolgeprojekt sieht die Bundesregierung dafür vor?
21. Inwiefern beteiligt sich die Bundesregierung an der Ausstattung von Schulen und/oder Hochschulen mit digitaler Technik und Netzanschlüssen, und inwiefern beabsichtigt sie konkret, sich daran in welcher Form zukünftig zu beteiligen?
22. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bislang ergriffen, um die im Jahr 2014 beendeten Medienkompetenzprojekte „youth part“, angesiedelt bei der Fachstelle für internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V. (IJAB), und „peer3“, angesiedelt bei dem JFF – Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis, fortzuführen, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bislang ergriffen, um die Ergebnisse dieser Projekte nutzbar zu machen?
23. Gibt es nach Meinung der Bundesregierung angesichts der Medienkonvergenz einen gesetzlichen Regelungsbedarf, und wenn ja, welche Gesetzesvorhaben sind hier für welchen Zeitraum konkret geplant?
24. Welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung, die Kultusministerkonferenz (KMK) bei der Verbesserung der Lehrerbildung im Bereich der Medienkompetenz zu unterstützen, und in welcher Form hat die Bundesregierung gegebenenfalls bislang Gebrauch von diesen Möglichkeiten gemacht?
25. Gibt es eine Koordination zwischen der Bundesregierung und den Ländern zur Förderung der schulischen und außerschulischen Medienkompetenz?
26. Welche Medienkompetenzschulungen wurden in der 18. Wahlperiode in welchen Bundesministerien angeboten, und wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben diese jeweils wahrgenommen (bitte nach Bundesministerien, Zeitraum, Art der Schulung, Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und Abteilungen bzw. Referaten aufschlüsseln)?

27. Welche Gründe hat die nach Information der Fragesteller erfolgte Verschiebung des Computerspielepreises, in welchem die Stärkung der Medienkompetenz vor allem bei den Kinder- und Jugendspielen ein Kriterium ist, aus dem Verantwortungsbereich der Beauftragten für Kultur und Medien in das des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur?
28. Welche Forschungsvorhaben unterstützt die Bundesregierung gegenwärtig bezüglich der Auswirkungen der Digitalisierung auf Erwachsene, Kinder, Jugendliche aber auch Senioren?
29. Zu welchem Zeitpunkt erwartet die Bundesregierung, dass das in der „Digitalen Agenda“ der Bundesregierung erwähnte, mit öffentlichen Mitteln finanzierte „Internet-Institut“ spätestens mit der Arbeit beginnt, und inwiefern sieht die Bundesregierung es auch als einen Beitrag zur Förderung von Medienkompetenz an?
30. Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der von der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig, vorgestellten Studie DIVSI U9-Studie „Kinder in der digitalen Welt“?
31. Inwiefern will die Bundesregierung dafür sorgen, dass Kinder ihre Medienkompetenz unabhängiger von den formalen Bildungsgraden ihrer Eltern entwickeln, als sie es laut der DIVSI U9-Studie bislang tun?
32. Inwiefern verfolgt die Bundesregierung das politische Ziel den Bürgerinnen und Bürgern zu vermitteln, dass für junge Kinder die mit der Internetnutzung verbundenen Chancen die Risiken überwiegen, und nicht umgekehrt, wie Eltern laut DIVSI U9-Studie das Internet für junge Kinder bisher größtenteils wahrnehmen?
33. Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus dem am 15. September 2015 veröffentlichten OECD-Bericht „Students, Computers and Learning: Making the Connection“, und wie will sie dafür sorgen, dass Deutschland im OECD-Vergleich künftig besser abschneidet?
34. Für wie sinnvoll erachtet die Bundesregierung die Forderung, dass in Deutschland an allen Schulen und in allen Schul- und Altersstufen ein verpflichtender Informatikunterricht eingeführt und die Länder vom Bund dabei unterstützt werden sollen, und inwiefern unterstützt sie diese Forderung?
35. Inwiefern betrachtet die Bundesregierung die mögliche Einführung eines Schulfachs Informatikunterricht als einen Beitrag zur verbesserten Medienkompetenzvermittlung?

Berlin, den 30. September 2015

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion